

Nein zur gefährlichen KOSA-Initiative

Grosser Schaden für den Franken und die Wirtschaft

14. August 2006 Nummer 27 7. Jahrgang

dossierpolitik

Die KOSA-Initiative – ein ordnungspolitischer Sündenfall

Das Wichtigste in Kürze

Am 24. September kommt die Initiative „Nationalbankgewinne für die AHV“ (KOSA-Initiative) zur Abstimmung. Die Initianten aus dem linken Lager wollen die Gewinne der Nationalbank neu verteilen. Bis anhin haben die Kantone zwei Drittel und der Bund ein Drittel der jährlichen Gewinne erhalten. Neu soll der Beitrag an die Kantone auf 1 Milliarde Franken begrenzt sein und der allfällige Rest dem AHV-Fonds zugutekommen. Die Kantone müssten demnach in den nächsten Jahren mit 667 Millionen Franken pro Jahr weniger auskommen und der Bund ginge ganz leer aus.

Die Initianten wollen Geld- und Sozialpolitik miteinander vermischen. Dies gefährdet die Unabhängigkeit der Nationalbank. Die Nationalbank müsste künftig die Bedürfnisse des AHV-Fonds befriedigen und bei Bedarf mehr Gewinne machen. Der damit einhergehende Vertrauensverlust hat einen instabilen Franken und Inflation zur Folge.

Die KOSA-Initiative ist zudem eine Scheinlösung für die AHV: Mittelfristig kann die Nationalbank jährlich nur noch etwa 1 Milliarde Franken Gewinn ausschütten, so dass die AHV dann leer ausginge. Bundesrat und Parlament stellen der KOSA-Initiative einen für die AHV wirkungsvolleren Gegenvorschlag gegenüber: 7 Milliarden Franken aus dem Erlös des nicht mehr benötigten Nationalbankgoldes kommen sicher und sofort der AHV zugute, falls die KOSA-Initiative abgelehnt wird.

Bundesrat, Parlament, die Schweizerische Nationalbank, die Kantonsregierungen und die Wirtschaft lehnen die gefährliche Initiative ab.

Position von economiesuisse

Die Wirtschaft lehnt die KOSA-Initiative klar ab. Sie ist ordnungspolitisch nicht akzeptabel. Die Verquickung von Geld- und Sozialpolitik ist eine schwere Bürde für eine glaubwürdige Geldpolitik. Der Schweizer Zinsbonus und die Stabilität des Schweizer Frankens stehen auf dem Spiel. Der Schweizer Wirtschaftsstandort und der Finanzplatz würden geschwächt. Für die AHV bringt die Initiative keine Lösung. Im Gegenteil: Die Finanzierung würde auf schwankende Zahlungen gestellt und nachhaltige Reformen zur Sicherung der AHV würden hinausgezögert. Kantone und Bund müssten die Steuerausfälle kompensieren und ihr finanzpolitischer Spielraum würde eingeengt.

Mit der KOSA-Initiative sollen künftig die Nationalbankgewinne neu verteilt werden. Bisher flossen die Gewinne zu einem Drittel an den Bund und zu zwei Dritteln an die Kantone, wie es in der Bundesverfassung festgeschrieben steht. Die Initianten wollen, dass die Beteiligung der Kantone am Gewinn auf 1 Milliarde Franken begrenzt wird und der Bund leer ausgeht. Ein allfälliger Rest soll dem AHV-Fonds zukommen.

Diese Initiative ist vom linken „Komitee sichere AHV“ (KOSA) lanciert worden. Es hat sich bereits eine breite Front gegen deren Forderungen gebildet. Neben Bundesrat, Parlament und sämtlichen Kantonsregierungen lehnen auch die bürgerlichen Parteien, die Wirtschaft und die Nationalbank die Initiative ab.

Eine Annahme der Initiative hätte in mehrerer Hinsicht fatale Folgen:

- Vertrauensverlust in die Schweizerische Nationalbank: Die Unabhängigkeit der Notenbank würde bei Annahme der Initiative in Frage gestellt. Die Nationalbank würde unter politischen Druck geraten, wenn ihr Auftrag zur Geldpolitik mit sozialpolitischen Zwecken vermischt wird. Es besteht die Gefahr, dass das international hohe Vertrauen in den Schweizer Franken zunichte gemacht wird. Der Franken würde instabiler, die Inflationsgefahren zunehmen. Die Gefährdung des Schweizer Zinsbonus würde der gesamten Wirtschaft erheblich schaden.
- Die Initiative ist eine reine Scheinlösung für die AHV. Die AHV würde weit weniger Mittel erhalten als die Initianten behaupten. Diskussionen über eine echte nachhaltige Sicherung der AHV-Finanzierung würden auf die lange Bank geschoben, entsprechend später zu machende Reformen würden weit härter ausfallen.
- Die Kantone müssten erhebliche Mindereinnahmen hinnehmen: Bis 2012 erhalten sie jährlich 1,667 Milliarden Franken aus den Nationalbankgewinnen (inklusive einem Abbauanteil an der Ausschüttungsreserve). Die Initianten wollen ihn nun auf 1 Milliarde Franken beschränken. Das heisst, kurz- und mittelfristig müssten die Kantone jährlich auf 667 Millionen Franken verzichten. Dies schmälert ihren Spielraum bei der Ausgestaltung ihrer Ausgaben- und Einnahmenpolitik.

Die Nationalbank verliert ihre Unabhängigkeit

Die Nationalbank ist von den Forderungen der Initianten direkt betroffen. Bis anhin hatte die Nationalbank den vorgeschriebenen Auftrag, die Preisstabilität zu gewährleisten. Die Preisstabilität ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand. Mit der weitsichtigen Politik der Nationalbank fernab von Partikularinteressen wurde der Grundstein für die wirtschaftlich stabilen Jahrzehnte gelegt. Bereits in der Verfassung steht festgeschrieben, dass die Nationalbank ihre Geldpolitik unabhängig im Gesamtinteresse der Schweiz führen soll. Diese Unabhängigkeit, die so wichtig ist für die Schweizer Wirtschaft, wird nun durch die Forderungen der Initianten in Frage gestellt. Denn sobald der AHV-Fonds ein Leck aufweist, wird die Nationalbank unter Druck geraten, mehr Gewinne zu machen. Die Wahrung der Preisstabilität gerät in Konflikt mit der AHV-Sicherung. Mit der Verknüpfung von Geld- und Sozialpolitik geht die Unabhängigkeit der Nationalbank verloren und mit ihr das Vertrauen in den Schweizer Franken. Im Gegensatz zu allen anderen europäischen Zentralbanken wäre die Schweizer Nationalbank nämlich mit einer sozialpolitischen Zusatzaufgabe belastet.

Gegenvorschlag: 7 Milliarden Franken für die AHV

Der Bundesrat und das Parlament sorgen sich um die Zukunft der AHV. Sie haben einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet: Der Bundesanteil von 7 Milliarden Franken aus dem verkauften Nationalbankgold soll in den AHV-Fonds fliessen. Im Gegensatz zur KOSA-Initiative ändert sich für die Nationalbank nichts, denn es geht nicht um ihre allfälligen Gewinne, sondern um den Erlös aus dem Goldverkauf. Die Unabhängigkeit der Nationalbank bleibt also unangetastet. Negative Auswirkungen auf den Franken und die Konjunktur sind nicht zu erwarten. Diese Lösung verursacht auch keine Mindereinnahmen bei den Kantonen. Der bewährte Verteilschlüssel für die jährlichen Nationalbankgewinne zugunsten von Bund und Kantonen bleibt bestehen. Die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP sind sich einig, dass diese 7 Milliarden Franken auch tatsächlich der AHV zugutekommen sollen. So profitiert die AHV sicher und sofort. Ohne die schädlichen Nebenwirkungen der KOSA-Initiative. Aber: Der Gegenvorschlag von Bundesrat und Parlament tritt nur dann in Kraft, wenn die KOSA-Initiative abgelehnt wird.

Der Schweizer Franken kommt ins Wanken

Über Jahrzehnte hat sich der stabile Schweizer Franken bewährt. Doch wenn die Nationalbank zum Spielball sozialpolitischer Anliegen wird, kommt auch der Franken bald ins Wanken. Die weltweite Anerkennung und Achtung des Frankens, der sich auch in stürmischen Zeiten als fester Wert erwiesen hat, kommt nicht von ungefähr. Dieser gute Ruf darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Schliesslich ist die Schweizer Wirtschaft sehr stark mit dem Ausland verflochten. Eine stabile Währung macht den Handel berechenbar für beide Seiten und schafft gegenseitiges Vertrauen.

Der Nationalbankpräsident Jean-Pierre Roth sieht bei einer Annahme der Initiative grosse Probleme: „Die Nationalbank wird gezwungen, möglichst viel Geld zu produzieren.“ Die Konsequenz: Die Inflation wird angeheizt. Das bringt höhere Mieten, höhere Zinsen für Kredite und Hypotheken und vor allem höhere Preise. Leidtragende sind die Konsumenten, die für die gleichen Einkäufe mehr Geld ausgeben müssen. Leidtragende sind die Mieter, die für dieselben Wohnungen mehr Miete zu bezahlen haben. Leidtragende sind die Eigenheimbesitzer, die höhere Hypothekarzinsen tragen müssen. Leidtragende sind aber auch die Sparer, deren Vermögen zunehmend an Wert verliert.

Die KOSA-Initiative bietet keine Lösung für die AHV

Die Initianten behaupten, dass mit der KOSA-Initiative die Probleme der AHV gelöst werden, und zwar kostenlos. Die Initiative zieht jedoch einen ganzen Rattenschwanz von Kosten nach sich: Kosten für Bund und Kantone, Kosten für die Steuerpflichtigen, Kosten für die Wirtschaft, Kosten für Mieter, Sparer und Konsumenten. Von „kostenlos“ kann keine Rede sein.

Und trotz der hohen Kosten, welche die Initiative verursachen würde, könnte sie nichts zur Lösung der AHV-Probleme beitragen. Die Initianten gehen nämlich von falschen Prognosen aus. Sie behaupten, dass die Nationalbank in Zukunft grosse Gewinne erwirtschaften werde. Laut ausgewiesenen Geldpolitikexperten ist dem allerdings nicht so. Professor Ernst Baltensperger von der Universität Bern hat kürzlich eine Studie zu diesem Thema veröffentlicht. Er geht davon aus, dass die Nationalbank mittelfristig im Schnitt noch etwa 1 Milliarde Franken Gewinn pro Jahr ausschütten könne. Laut Initiativtext geht allerdings 1 Milliarde Franken an die Kantone. Für den AHV-Fonds bliebe somit nichts übrig. Wenn die AHV wegen der demografischen Entwicklung in ein paar Jahren vor einer grossen Herausforderung steht, ist der zusätzliche Geldfluss bereits trockengelegt.

Initianten wollen Ausbau, nicht Sicherung

Selbst wenn die Gewinne der Nationalbank so hoch sein sollten, wie die Initianten es prophezeien, werden die künftigen Probleme der AHV nicht gelöst. Dieselben Kreise, welche die Initiative lanciert haben, schmieden nämlich bereits weitere Pläne: Die Gewerkschaften wollen mit der Initiative „AHV 62“ das Sozialwerk noch weiter ausbauen. Damit ist der Beweis erbracht, dass es den Initianten nicht um die Sicherung, sondern um einen weiteren, milliardenteuren Ausbau der AHV geht. Damit wird die AHV aber vor noch grössere Probleme gestellt.

Die Gewinne der Nationalbank schwanken stark. Es können in gewissen Jahren sogar Verluste geschrieben werden. Im ersten Halbjahr 2005 hat die Nationalbank beispielsweise mit ihren Fremdwährungsanlagen noch einen satten Gewinn von über 4 Milliarden Franken erzielt. Im ersten Semester des laufenden Jahres hat sie im gleichen Bereich über 1 Milliarde Franken verloren. Die AHV ist die zentrale Sozialversicherung der Schweiz. Soll die AHV auf ein solch wackliges Fundament gestellt werden?

Es ist unbestritten, dass die AHV vor grossen Herausforderungen steht und einer Reform bedarf. Die kurzfristigen Forderungen der linken Initianten sind im Hinblick auf diese kommenden Herausforderungen allerdings völlig wirkungslos. Vielmehr verhindern sie echte Reformen.

Jährliche Kantonseinnahmen aus Nationalbankgewinnen mit und ohne KOSA-Initiative

In Mio. Franken			
	Bei Ablehnung der KOSA-Initiative	Bei Annahme der KOSA-Initiative	Differenz
ZH	286,423	171,854	-114,569
BE	215,015	129,009	-86,006
LU	79,127	47,476	-31,651
UR	7,773	4,664	-3,109
SZ	30,224	18,134	-12,090
OW	7,390	4,434	-2,956
NW	8,662	5,197	-3,465
GL	8,557	5,134	-3,423
ZG	23,405	14,043	-9,362
FR	56,332	33,799	-22,533
SO	55,034	33,021	-22,014
BS	42,694	25,616	-17,078
BL	59,034	35,420	-23,614
SH	16,583	9,950	-6,633
AR	11,747	7,048	-4,699
AI	3,281	1,969	-1,312
SG	102,712	61,627	-41,085
GR	42,844	25,706	-17,138
AG	125,956	75,574	-50,382
TG	52,086	31,252	-20,834
TI	71,413	42,848	-28,565
VD	146,766	88,059	-58,706
VS	64,070	38,442	-25,628
NE	37,714	22,629	-15,086
GE	96,644	57,986	-38,657
JU	15,180	9,108	-6,072
Total	1'666,667	1'000,000	-666,667

Weniger Geldmittel für die öffentliche Hand

Die Kantonsregierungen bekämpfen die Initiative. Der Zürcher Finanzdirektor Hans Hollenstein sagt, was die Initiative für den Kanton Zürich konkret bedeuten würde: „Wollten wir nur schon die 115 Millionen Franken Minder-einnahmen durch Steuergelder einbringen, müssten wir den Steuerfuss um 2,5 Prozentpunkte erhöhen.“ Die Umverteilungsaktion der Linken würde demnach die Kantonsregierungen zwingen, diese ausgabenseitig zu kompensieren oder die Steuern zu erhöhen. Ihr Spielraum für wirtschaftspolitisch notwendige Reformen würde eingeschränkt.

Der Bund müsste bei Annahme der Initiative ebenfalls mit weniger Geld wirtschaften, denn von den Nationalbankgewinnen erhielte er nichts mehr. Über 800 Millionen Franken Mindereinnahmen müsste der Bund jährlich kompensieren. Auch hier ist mit Steuererhöhungen oder Kürzungen bei den Ausgaben zu rechnen.

Der in der Bundesverfassung festgeschriebene Verteilungsschlüssel für die Nationalbankgewinne hat sich bewährt. Die verantwortlichen Entscheidungsträger in den Kantonen wissen am besten, was die Bedürfnisse ihrer Bürger sind. In Zukunft würden den Kantonen aber beträchtliche Mittel fehlen, um ebendiese Bedürfnisse zu befriedigen. Die gewohnten Leistungen sind nur noch zu einem höheren Preis, das heisst höheren Steuern, zu haben. Die Umverteilungsaktion der Linken reiss ein Loch in die Kantonskassen, das die Bürger und Unternehmen wieder stopfen müssen.

Kommentar

Die KOSA-Initiative ist ein populistisches Begehren, das neue Probleme mit zum Teil massiven Kollateralschäden schafft und bestehende Probleme nicht löst:

Die Verknüpfung von Währungs- und Sozialpolitik, wie sie von der KOSA-Initiative anvisiert wird, ist aus Sicht der Wirtschaft klar abzulehnen, denn eine solche Verknüpfung würde dem Ansehen und der Glaubwürdigkeit der Nationalbank schaden und gleichzeitig den politischen Druck auf sie massiv erhöhen. Das schadet der Stabilität des Schweizer Frankens, einem wichtigen Faktor für den Wohlstand in unserem Land, und gefährdet andererseits den Schweizer Zinsbonus. Die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Schweiz würde dadurch stark gemindert. Gerade im heutigen harten globalen Standortwettbewerb kann und darf sich aber die Schweiz eine Attraktivitätsminderung nicht leisten.

Mit ihren Fantastereien bezüglich künftiger Gewinne der Nationalbank wecken die Initianten zudem auf unverantwortliche Weise und wider besseres Wissen Erwartungen für eine langfristige Sicherung der AHV „zum Nulltarif“. Zum Nulltarif sind die Probleme der AHV allerdings nicht zu lösen; es sind hier weitsichtige und nachhaltige Reformen nötig. Die Politik ist daran, solche Reformen auszuarbeiten. Gleichzeitig hat sie mit dem indirekten Gegenvorschlag zur KOSA-Initiative bereits ein klares Bekenntnis zur AHV abgelegt.

Während die künftigen demografischen Herausforderungen der AHV mit der KOSA-Initiative also nicht auch nur ansatzweise gelöst werden können, schafft die Initiative Probleme bei Bund und Kantonen. Die Lücken in deren Budgets würden den Spielraum für wirtschaftspolitisch notwendige Reformen einschränken. Zum Schaden der Unternehmen und des gesamten Wirtschaftsstandorts Schweiz.

Fazit: Die KOSA-Initiative ist eine Mogelpackung mit verdorbenem Inhalt. *economiesuisse* lehnt sie darum entschieden ab.